

Die ignorierte Armut

Eine Bestandsaufnahme zur Armutssituation in Simbabwe

In den letzten zehn Jahren hat sich in Simbabwe eine gewaltige Kluft zwischen Arm und Reich aufgetan. Bereits drei Viertel der Bevölkerung gelten als arm, die soziale Lage ist alarmierend. Statt sich ernsthaft der Betroffenen anzunehmen, verkauft die Regierung ihr Landreformprogramm als großangelegte Maßnahme zur Armutsbekämpfung.

Sabine Fiedler-Conradi

Die meisten Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift werden sich noch gut erinnern: Einst vibrierte ganz Simbabwe vor Tatendrang und *Pamberi!*-Parolen. In den 80er Jahren galt das Land in mancher Hinsicht als Modell, besonders für Namibia und Südafrika, denen die Unabhängigkeit noch bevorstand. Vorzeigecharakter hatte insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes unter dem Motto *Growth with Equity*. Um das strukturelle Erbe aus der Kolonialzeit aufzulösen, richtete sich das nationale Programm auf die Herstellung von Zugangschancen, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit sowie im Arbeitsleben. Inzwischen gehören nicht nur die großen Hoffnungen der 80er Jahre der Vergangenheit an, sondern es verflüchtigen sich auch die konkreten Errungenschaften in rasantem Tempo. Die extremen Ungleichheiten in der Einkommens- und Besitzverteilung haben sich in den 90er Jahren verschärft. Eine große Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen der weit überwiegenden Mehrheit und den "oberen Zehntausend", tut sich auf; Simbabwe steht diesbezüglich zusammen mit Brasilien, Südafrika, Namibia und Sierra Leone an trauriger Weltspitze.

Drei Viertel aller Menschen verfügen über weniger Einkommen und Ressourcen, als sie für ein menschenwürdiges Dasein bräuchten. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist nicht einmal in der Lage, sich gesund zu ernähren, geschweige denn, sich weitere Lebensnotwendigkeiten zu "leisten".

Derweil wächst in den städtischen Vergnügungszentren die Zurschaustellung der jüngeren Einkommenselite mit den "drei C": *Car, Cash, Cellphone*. Deren Väter sind unterdessen häufig damit beschäftigt, die Zukunft ihrer Sprößlinge zu sichern, indem sie sich mittels ihrer guten politischen Beziehungen die für Wiederansiedlungszwecke enteigneten

Großfarmen unter den Nagel reißen.

Schließlich gibt es noch das zappelnde Fünftel derer, die nach oben streben, während sie sich zugleich dem Sog der Armut entgegen stemmen müssen: Die Familien mit mittleren Einkommen bilden immer noch das soziale, zunehmend löchrige Sicherungsnetz der verarmten Zweige ihrer Großfamilien.

ESAP, das Strukturanpassungsprogramm, auf das sich Simbabwe zu Beginn der 90er Jahre eingelassen hatte, wird schon seit vielen Jahren im Volksmund als *Eternal Suffering for the African People* gehandelt. Im Zuge der ökonomischen Liberalisierung einer staatlich kontrollierten Volkswirtschaft ist nicht nur die Gleichheit, sondern auch das Wachstum auf der Strecke geblieben. Simbawbes Bevölkerungszahl hat sich seit der Unabhängigkeit nahezu verdoppelt; die Wirtschaftsentwicklung hat mit den inzwischen zwölf Millionen zu stopfenden Mündern nicht Schritt gehalten.

Schulen für Arme, Schulen für Reiche

Jedes Jahr strömen rund eine viertel Million junge Männer und Frauen aus der Schule auf den formalen Arbeitsmarkt, der nur noch ein Zehntel von ihnen aufnehmen kann. Selbst diese *crème de la crème* ist für den Eintritt ins Berufsleben oft unzureichend ausgestattet. Die recht akademischen Lehrinhalte an simbabwischen Schulen gehen an den Anforderungen im Arbeitsleben vorbei; das gleiche gilt für die Didaktik ihrer Vermittlung.

Selbst Schulen, die sich in ihrem Rahmen auf Reformexperimente einlassen, tun dies im Wettlauf mit der Zeit. Aus dem nationalen Bildungsetat gibt es keine Extras mehr. Seit die Verwaltung der staatlichen Schulen in die Obhut der Distrikt- und Stadtverwaltungen sowie der Elternschaft gestellt wurde, beschränkt sich der Beitrag aus Harare auf die seit eh und je kargen Gehälter des nach Schulgröße obligatorischen Lehrkörpers. Die Kosten für weiteres Personal (inklusive Vertretungen im Falle von Schwangerschaft, Krankheit oder Fortbildungsurlaub), für den Erhalt oder Ausbau der Infrastruktur und Gebäude sowie für Möbel, Laboreinrichtungen und Lernmaterialien aller Art müssen die Schulen vor Ort nun selbst aufbringen.

Damit manifestiert sich ein bedenklicher Trend, der sich schon vor der Dezentralisierung der Schulverwaltung gezeigt hatte:

Da die wenigsten Behörden in die Schulen investieren können, wird ihr Schicksal dem sozio-ökonomischen Status der Elternschaft ausgeliefert. Innerhalb absehbarer Zeit wird sich Simbabwe im Bereich der Schulbildung, besonders aber ausgerechnet im Primarschulbereich, einem ähnlichen Phänomen gegenüber sehen wie jenes, das bereits die nationale Einkommensverteilung kennzeichnet.

Die weit überwiegende Mehrzahl der Schulen wird sich mit

Schichtunterricht, schlecht motivierten Lehrkräften und Schülern wie Schülerinnen sowie Klassengrößen von *de facto* bis zu 75 Kindern begnügen müssen, während sich auf der anderen Seite die ohnehin schon bestehenden reicheren Schulen weiterhin profilieren. Deren Schulgebühren übersteigen häufig bereits heute die Möglichkeiten mittlerer Einkommensgruppen. Auf diese Weise werden die Eliteschulen ihre leidigen "Sozialfälle" los: Man ist wieder unter sich.

Einen richtig lauten Aufschrei wird es vielleicht erst geben, wenn sich die jetzigen Entwicklungen an der Alphabetisierungsrate von Erwachsenen rächen werden, die für afrikanische Verhältnisse bei über 80% jetzt noch erfreulich ist. Sobald sich ihr freier Fall in 10-15 Jahren zeigt, wird es für eine ganze Schulgeneration zu spät sein.

Gesundheitswesen vor Zusammenbruch

Ähnliches, mit schneller spürbaren, aber oft noch weniger umkehrbaren Folgen, geschieht im Gesundheitsbereich. Die meisten Gesundheitsdienste, inklusive der großen staatlichen Hospitäler in den Städten, arbeiten zur Zeit am Rande des Zusammenbruchs. Im laufenden Haushaltsjahr erhielt das Gesundheitsministerium kaum zwei Drittel dessen, was zur Aufrechterhaltung ohnehin schon dezimierter Standards notwendig gewesen wäre. Die Ausrüstung der Krankenhäuser, veraltet und defekt, muß weiter benutzt werden, weil der seit 1996 massive Fall des Simbabwe-Dollars gegenüber "harten" Währungen auch medizinische Importe unbezahlbar gemacht hat. Die noch verfügbaren Finanzen werden in die unmittelbarsten Notwendigkeiten gesteckt - mit der Folge, daß die präventive Medizin gegenüber der kurativen ins Hintertreffen gerät.

"Kurative Medizin" beinhaltet auch – und in vielen Krankenhäusern überwiegend - die teure Pflege von AIDS-Kranken. Das nationale AIDS-Programm meldet wöchentlich rund 700 Todesfälle von Menschen, die einer Erkrankung aufgrund der Immunschwäche erlegen sind. Rund ein Viertel der simbabwischen Bevölkerung im (re-)produktiven Alter von 15 bis 49 Jahren gelten als HIV-infiziert.

Die *United Nations Population Division* hat kürzlich unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen für 2009 einen Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung in Simbabwe auf 27 Jahre prognostiziert. Sie lag 1990 noch bei nahezu 60 Jahren.

Zum Jahr 2000 rechnet man in Simbabwe mit etwa einer Million Waisen und Halbwaisen; dies wäre knapp ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung. Die meisten dieser Kinder und Jugendlichen werden ohne Umweg in die Armutsfalle geraten, wenn sie nicht ohnehin schon darin sitzen. Die sogenannten "AIDS-Waisen" stellen sicherlich einen Teil jener Kinder, die

als unterernährt in die Statistiken eingehen oder der Kindersterblichkeit anheimfallen. Beide dieser letztgenannten aussagekräftigen Indikatoren für die allgemeine Gesundheitssituation sind in den 90er Jahren deutlich angestiegen. Negative Trends gibt es leider auch bei der Müttersterblichkeit und der pränatalen Entwicklung.

Frauen tragen die Last

Women Carry a Heavy Load – dieser Titel einer Bestandsaufnahme des *Zimbabwe Women's Bureau* in den achtziger Jahren drückte eine Steigerung des weiblichen Selbstwertgefühls aus. Was damals einer Ermutigung gleichkam, entsprechende Rechte einzufordern, ist heute zum Wehklagen verkommen. Bei allen Indikatoren des *Human Development Index* – mit Ausnahme der Lebenserwartung – steht es um Frauen entschieden schlechter als um Männer. Sie verfügen über ein geringeres Einkommen, einen niedrigeren formalen Bildungsstand, sind weniger alphabetisiert und haben erheblich weniger Kontrolle über Ressourcen.

Dabei hatte sich die Situation von Frauen zwischenzeitlich deutlich verbessert. Gegen Ende der 80er Jahre war die Kluft zwischen den Geschlechtern im Primarschulbereich geschlossen. Frauen stellten 1990 fast 75% aller selbständigen Klein- und Kleinstunternehmer. Noch heute steht Simbabwe in Hinblick auf die Bereitstellung frauenfördernder Rahmenbedingungen weltweit vergleichsweise vorteilhaft da. Diese werden von den sozio-ökonomisch besser gestellten Frauen durchaus genutzt. Die Mehrheit ihrer Geschlechtsgenossinnen ist dazu allerdings nicht mehr in der Lage. Mädchen werden wieder später eingeschult als Jungen und beenden ihr Schulleben wesentlich früher. Der Anteil von Frauen im Klein(st)gewerbe ist zwischen 1990 und 1998 um 17 Prozentpunkte auf 58% gefallen. Ihre gegenüber Männern ohnehin höchst ungleichen Chancen auf dem formellen Arbeitsmarkt haben sich im selben Zeitraum ebenfalls weiter verschlechtert.

Dabei sind es überwiegend Frauen, die die wirtschaftliche Malaise ausbaden müssen. Ihre Überlebensstrategien richten sich nicht nur auf den Ausgleich der eigenen verschlechterten Chancen, sondern auch auf die der Männer. Familien, die weibliche Haushaltsvorstände haben – ob *de facto* wegen der Arbeitsmigration des Vaters oder *de jure* bei alleinstehenden Frauen, Müttern und Witwen –, sind ungleich ärmer als die männlich geführten Haushalte. Früher wurden auf dem Land zurückbleibende Frauen noch glücklich geschätzt. Sie konnten auf ihrem Acker fürs tägliche Brot sorgen und ihr Haushaltsbudget regelmäßig durch Zuwendungen der Ehemänner oder erwachsenen Kinder aufstocken.

Lohnverfall

Seit etwa einem Jahrzehnt gehen die Reallöhne beständig in den Keller. Bei Tarifverhandlungen ist von echten Lohnerhöhungen neuerdings kaum noch die Rede – man wäre schon froh, wenn es zum Inflationsausgleich käme. Für einen Z\$ kann man heute durchschnittlich ein Zehntel dessen kaufen, wozu er 1990 ausgereicht hätte. Wessen nominelles Gehalt sich in dieser Zeit mehr als verdreifacht hat, kann sich glücklich schätzen.

Vom Verfall der Reallöhne sind die Gehälter der öffentlichen Verwaltung und im Bildungswesen besonders stark betroffen, gefolgt vom Gesundheits- und Transportwesen sowie vom Baugewerbe. Am schlimmsten steht es aber um die große Gruppe derjenigen, deren Tätigkeit unter die Mindestlohnbestimmungen fällt: Hausangestellte, Gärtner, Wachleute und Hilfskräfte, für deren Gehälter keine Tarifstruktur verhandelt wird. Hausangestellten stand zum Beispiel 1996 nur noch ein Fünftel dessen zu, was sie bei Einführung der Mindestlohngesetzgebung im Jahre 1980 zu beanspruchen hatten. 1996 "kletterte" die niedrigste Mindestlohnklasse auf Z\$ 450, was damals ca. 75 DM entsprach. Zur gleichen Zeit lag der Mindestbedarf jedoch (vergleichbar mit dem Warenkorb der Sozialhilfe, aber ohne Kinokarten, Telefon etc.) für eine städtische Familie mit drei Kindern bei knapp Z\$ 1.700 (ca. 283 DM).

Aufgrund dieser Situation werden nun die Transfers von Lohnanteilen an die Familie daheim immer magerer und bleiben oft gänzlich aus. Zusätzlich kehren mehr und mehr Männer krank oder arbeitslos zurück und bilden eine weitere Belastung.

Die Situation der männlichen Arbeitsmigranten bringt mittlerweile auch die Statistik durcheinander. Dem Zentralen Statistischen Amt ist es ein Rätsel, wie ein neues Phänomen unter den Familien mit weiblichen Haushaltsvorständen zu erklären ist: Die *de jure* weiblichen Haushalte, die sich auf keinen Mann stützen können, sind im Durchschnitt verhältnismäßig besser dran als die Migrantenfamilien. Offensichtlich wird der familiären Logik der Arbeitsmigration allmählich der Boden entzogen.

Der Rückgriff auf landwirtschaftliche Produktion und Vermarktung ist in den meisten *communal areas*, wo gut die Hälfte der Bevölkerung lebt, keine realistische Option mehr. Die Armutsstatistiken offenbaren eine klare Korrelation zwischen Bodenqualität und sozio-ökonomischer Situation der Bevölkerung in den *communal lands*. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß bei einer landesweiten Meinungsumfrage zu den Optionen der Armutsbekämpfung nur ein einziges Prozent der Befragten angegeben hat, mehr Bodenfläche könnte dazu einen Beitrag leisten. Hingegen richten sich die Hoffnungen eines Drittels der Befragten auf

die Verbesserung des formalen Arbeitsmarktes. Eine weitere Gruppe von besonders Armen wird häufig übersehen, unter anderem deshalb, weil sie statistisch gleich aus zwei typischen Korrelationen herausfällt: Die Arbeiterinnen und Arbeiter auf den kommerziellen Farmen leben ironischerweise meist auf Land von hoher Qualität und stellen außerdem einen großen Teil von Einpersonenhaushalten. Gemessen an Einkommen und realem Konsum, ist Armut in dieser Gruppe, die insgesamt etwa eine Million Menschen umfaßt, zugleich homogener und gravierender als anderswo. Dies gilt auch für den Zugang zu Ressourcen wie Trinkwasser, sanitäre Anlagen oder Elektrizität.

Stadt-Land-Gefälle

Besonderes Augenmerk verdient auch die Lage in den Städten. Die letzten zwei landesweiten Erhebungen von 1995/96 kommen zu dem Schluß, daß städtische Gebiete mit einem Anteil von etwa 40% armen Haushalten im Durchschnitt wesentlich besser abschneiden als ländliche Gebiete (über 75%). Allerdings entgehen dem statistischen Blick die schon immer ausgeprägten Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land.

Zum einen wird der Umfang der Transfers von "städtischen" Einkommensteilen an ländliche Familienzweige nicht erfaßt, wohl aber die Situation am empfangenden, eher ländlichen Ende. Zum anderen sind in den Städten zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten, die in naher Zukunft ein explosives Spannungsfeld herstellen könnten. Es gibt einerseits die Tendenz, städtische Probleme auf das Land auszulagern. Wo immer dies möglich ist, werden zum Beispiel Kinder – allen voran Mädchen - auf Landschulen gegeben, wenn sich ihre Eltern die wachsenden städtischen Schulabgaben nicht mehr leisten können. Auch die Folgen von Arbeitslosigkeit und Erkrankung durch AIDS werden aufs Land getragen, solange man dort noch eine (groß)familiäre Basis hat.

Umgekehrt drängt eine wachsende Zahl von Landlosen ohne Qualifikationen für den formalen Arbeitsmarkt in die Städte, von denen sich viele in sogenannten *squatter camps* am Stadtrand ausbreiten. Wohnungslose aus den Städten mit regelmäßigen, aber niedrigen Einkommen gesellen sich oft dazu. Letztere gehören in aller Regel zu den Antragsberechtigten des städtischen Wohnungsbaus, der einen Rückstand von rund einer Million zu errichtenden Wohneinheiten aufzuarbeiten hat.

Daß die rapide Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen wiederum äußerst negative Rückwirkungen auf die ohnehin gebeutelte Volkswirtschaft hat, versteht sich von selbst. Wo die Kaufkraft von zwei

Dritteln der Bevölkerung nicht einmal zum Notwendigsten reicht, wird der Spielraum eng - vor allem für das bei der Durchführung von ESAP noch angestrebte Wachstum der Klein- und Mittelindustrie, dessen Realitäten angemessen nur noch als Ent-Industrialisierung bezeichnet werden können. Die Betroffenheit über die Armutssituation hat daher auch Wirtschaftskreise erfaßt. Im Oktober 1998 plädierte ausgerechnet die Handelskammer ZNCC in einem veröffentlichten Strategiepapier für eine Anhebung der Mindestlöhne in den Unternehmen von rund Z\$ 1.200 auf Z\$ 4.000. Zugleich richtete sie einen Appell an ihre Mitgliedsunternehmen, stufenweise das Verhältnis ihrer jeweils niedrigsten und höchsten Gehaltsklassen von durchschnittlich 1:32 auf 1:20 (Stand von 1982) zu verringern, was nur durch proportional höhere Anhebungen der unteren Gehaltsstufen machbar wäre. Der Gewerkschaftsdachverband ZCTU blieb in seinen Forderungen bescheidener, vielleicht auch nur realistischer. Die Wirklichkeit trägt keinem der beiden Verbände Rechnung.

Strukturanpassung und Armutsbekämpfung

In Regierungskreisen breitet sich nicht nur in Wirtschaftsfragen eine Kultur des Achselzuckens aus, bisweilen unterbrochen von kurzfristigen Verzweiflungstaten, die in unschöner Regelmäßigkeit eines der ohnehin empfindlichen Gefüge völlig aus dem Lot bringen. Sozialwissenschaftler und Wirtschaftsfachleute, die nicht nur Wachstumsraten im Kopf haben, sind sich schon lange einig darin, daß schon das Design des Strukturanpassungsprogramms entscheidende Schwachstellen hatte. Damals war ihr Rat nicht gefragt - die Entwurfs- und Diskussionsphase von ESAP schloß sogar einige Kabinettsmitglieder aus, namentlich die Vertreter und Vertreterinnen der "weichen" Ministerien im Sozialbereich. Ende der achtziger Jahre stand Simbabwe im Vergleich zu anderen Ländern, die sich für ESAP entschieden hatten, wirtschaftlich relativ gut da. Die simbabwische Regierung konnte deshalb mit den Bretton Woods-Institutionen auch einige Zugeständnisse aushandeln, von denen andere Nationen nur hätten träumen können. Dennoch mußte die Weltbank Harare von der Notwendigkeit der Komponente der *Social Dimensions of Adjustment* überzeugen, um während der ersten Durchführungsphase des Anpassungsprogramms die mit Sicherheit zu erwartenden sozialen Probleme abzufedern. Dieses Instrument besteht überwiegend aus direkter Sozialhilfe für Bedürftige, vor allem durch Übernahme von Schulgebühren und Kosten der Gesundheitspflege. Zusätzlich enthält es ein Kreditelement als Hilfe zur Existenzgründung für "neue" Arbeitslose. Die ESAP-Sozialkomponente wurde schließlich in Form des

Social Dimensions Fund (SDF) mit enormer Zeitverzögerung "eingeflickt" – und litt fortan unter all jenen Widernissen, die bislang noch jeden Staatsfonds ereilt haben, der sich an Bedürftige richtete. Personell wie finanziell wurde die Abteilung als Stiefkind des Arbeits- und Sozialministeriums behandelt. Die direkte Hilfe erreichte viele Menschen, mit Ausnahme derer, die sie wirklich gebraucht und verdient hätten. Die Bearbeitungsdauer der Kreditanträge zur Existenzgründung rechnete sich bis zu Jahren. Schließlich endete alles mit einer Bankrotterklärung, nachdem Schulen und Krankenhäuser ihre akkumulierten SDF-Außenstände publik gemacht hatten.

In der Zwischenzeit war aber schon längst offenbar geworden, daß es sich bei dem Phänomen der "ESAP-Armut" keineswegs um etwas Vorübergehendes handelte, wenn nichts Durchgreifenderes unternommen würde. Die Regierung erarbeitete zusammen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP bereits 1993/94 den *Poverty Alleviation Action Plan* (PAAP), ein vom Entwurf her recht anspruchsvolles Dokument, das sich methodisch vor allem auf ein *empowerment* der Betroffenen richtet. Simbabwe hat dem PAAP im wesentlichen eine erhebliche Verbesserung und Verfeinerung der Datenlage zu verdanken, die seit 1997 in Form des Schlußberichts des *Poverty Assessment Study Survey* (PASS) vorliegt.

1996 ist außerdem das *Poverty Reduction Forum* (PRF) am *Institute for Development Studies* der University of Zimbabwe eingerichtet worden. Es fungiert als Sammelbecken und Plattform für alle interessierten Organisationen und Individuen, koordiniert das neue Evaluierungs- und Monitoringprogramm der Weltbank auf Provinz- und Distriktebene, SAPRI (*Structural Adjustment Participatory Review Initiative*) ebenso wie die Orientierungsphase des EU-Programms der *Decentralised Co-operation*.

Die Implementierung der direkt zielgruppenorientierten Komponenten des PAAP hat Ende 1998 begonnen, mit finanzieller Unterstützung von überwiegend multilateralen Institutionen. Trotz vernünftiger Konzeption und selbst bei ausreichender Finanzdecke wird die Reichweite des PAAP begrenzt bleiben. Die Grundannahmen eines Programms, das das *empowerment* der Armen, also der Mehrheit der Bevölkerung, zum Ziel hat, liegen in Simbabwe weder vor, noch können sie im Rahmen des PAAP hergestellt werden.

Korruptionsaufschlag

Die Patronagesysteme von Simbawwes "Zanukratie", die selbst manche Opponenten ruhigstellen, haben sich so verbreitet, daß daraus eine korrupte Gesellschaft entstanden ist. Die heftige Legitimationskrise, in der sich die Regierung seit Jahren befindet, hat dieses Problem eher noch verstärkt.

Nach dem Motto "Rette sich, wer kann!" und: "Nach uns die Sintflut!" wird schamlos geräubert, was von dem schwindenden nationalen Kuchen noch übrig ist. Wer sich erwischen läßt, muß nicht einmal unbedingt damit rechnen, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dies bedeutet, daß alle Maßnahmen, die in die Armutsbekämpfung fließen, einen "Korruptionsaufschlag" einkalkulieren müssen, bevor die Gelder ihre Zielgruppen erreichen. Dies gilt auch für die "basisnahen" Maßnahmen, die mit den *Rural District Councils* arbeiten, und selbst für so manche NRO.

Die Zanu (PF) hat in der Vergangenheit wenig Begeisterung dafür gezeigt, wenn sich Arme für ihre Interessen stark machen. Die Regierungspartei schien sich in der Wohltäterrolle besser zu gefallen, zu der sie sich dank der notwendig werdenden Nahrungsmittel- und Saatguthilfe aufspielen konnte. Als die *food hand-outs* auch in Regierungskreisen als entwicklungspolitischer Nonsens diskutiert wurden, legte Präsident Mugabe Ende 1997 vollmundig unter anderem die "zweite Phase der Landreform" auf.

Das weithin bekannt gewordene Gerangel um diesen Strohalm der Machtumklammerung muß an dieser Stelle nicht wieder aufgerollt werden. Die folgenden Bemerkungen zum Stand der Landfrage sollen genügen: Aus den 1500 zu enteignenden Farmen sind rund 340 geworden. 38 davon sind nach Aussagen des Landwirtschaftsministeriums bis Juli 1999 zur Umsiedlung vorbereitet worden. 1998 wurden 591 Familien umgesiedelt, im August 1999 sollen weitere 661 folgen. Der Minister hat sich nicht dazu geäußert, ob sich unter diesen 661 auch jene 149 Kabinettskollegen, Vizeminister, hohen Beamten, Armeeeoffiziere, Ärzte, Universitätslektoren und andere Wohlsituierte befinden, die im Juli auf einer Liste von Antragsberechtigten für die Reformkomponente der kommerziellen Farmwirtschaft aufgetaucht sind. Diese ist ausdrücklich für Graduierte der Landwirtschaftsschulen reserviert gewesen - es bleibt äußerst fraglich, ob die Genannten dieses Kriterium erfüllen. Der in Regierungskreisen als "schmerzhaft langsam" zugestandene Prozeß wird nichtsdestotrotz weiterhin propagandistisch als großangelegte Maßnahme der Armutsbekämpfung verkauft. Nur zur Erinnerung: Acht Millionen Menschen in Simbabwe fallen unter die Armutsgrenze, davon können sich fast sechs Millionen nicht gesund ernähren. Selbst wenn die Landreform ihr Idealziel erreichte und innerhalb der nächsten 10 Jahre 100.000 Familien umsiedelte, wäre damit etwa einer halben Million Menschen geholfen - vorausgesetzt, ihnen würden auch die Ressourcen zur Verfügung stehen, dieses Land produktiv zu nutzen. Dazu gehört nicht nur die geeignete Infrastruktur - Bewässerungssysteme und die Verfügbarkeit

landwirtschaftlicher Dienste inklusive - sondern auch Grundvoraussetzungen sozialer und gesellschaftspolitischer Art. Darunter fällt die Anbindung an Märkte ebenso wie der Zugang zu formaler Bildung und zu Gesundheitsdiensten, nicht zuletzt zu Information und demokratischen Entscheidungsprozessen.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem *laissez faire* gegenüber der Armutssituation lassen Zweifel daran zu, daß eine so verstandene Landreform unter der jetzigen Regierung durchgeführt werden wird, selbst wenn die Zanu (PF) die nächste Wahl übersteht und selbst wenn sie die notwendigen Finanzmittel mobilisieren kann.

Dieses Trauerspiel soll niemanden daran hindern, in kleineren überschaubaren Bereichen Initiativen zu unterstützen, bei denen eine klar identifizierbare Gruppe von Menschen wieder etwas mehr Boden unter die Füße bekommt. Im Gegenteil: Es sind oft solche Keimzellen, aus denen große Bewegungen von unten erwachsen. Und diese wären Simbabwe zu wünschen.